



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

224 (15.5.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-146460](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-146460)

General-Anzeiger



Monnment;

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gleichen und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 224.

Montag, 15. Mai 1911.

Abendblatt.)

Marokko.

R.K. Paris, 14. Mai.

(Von unserm Pariser Korrespondenten.)

Ein vom 9. Mai aus El-Dounitra datiertes, am 12. d. M. von Rabat mittels Radiotelegraphie weitergegebenes Telegramm des Spezialberichterstatters des „Matin“, gibt die interessanten Erklärungen des Generals Moirier über die Gründe des verschleppten Marsches der Kolonne des Obersten Brulard gegenüber diesem Journalisten bekannt.

Die öffentliche Meinung in Frankreich, sagte General Moirier, gibt sich nicht Rechenschaft über die großen Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen. Man hat den Eilmarsch einer fliegenden Kolonne auf Fez angezweifelt. Man hat sich darunter einen Wettlauf vorstellen können. Doch einen Wettlauf in Feindesland, wo man vors Leere gestellt wird, wo man sich nicht an Ort und Stelle verproviantieren kann, gibt es nicht.

Was uns verspätet hat, das ist zunächst die große Verproviantierungsfrage und dann auch das Vordringen der schweren Jüge 230 Kilometer weit von der Operationsbasis. Deshalb hat man auch gleich zu Beginn daran gedacht Mehebiga als Auslieferungspunkt des Proviantes zu benutzen. Unglücklicherweise sind diese Operationen durch den Stand des Meeres verzögert worden und sie bleiben auch weiter vom schönen oder schlechten Wetter abhängig.

Wenn es mir gelungen sein wird, einen bedeutenden Vorrat an Lebensmitteln auszuschießen, werde ich die Verkehrsunterbrechung einige Tage ertragen können, was vorderhand nicht der Fall ist. Ein anderer Grund der Verzögerung, welcher hätte vermieden werden können, obgleich alles so rasch als nur irgend möglich vorstatten ging, war vielleicht gerade infolge dieser Rapidität der Umstand, daß auf den Schiffen, welche die Truppen nach Casablanca brachten, allerhand Mannschaften bunt durcheinander gemischt waren. Jemand ein Bataillon hielt auf einem Schiff eine Kompanie, auf einem andern die zweite, und die beiden letzten auf einem dritten Schiff. Es kam sogar vor, daß sich die Maultiere ein und derselben Einheit auf zwei verschiedenen Transporten befanden.

Selbstverständlich mußte man warten, bis die Elemente derselben Einheit ausgeschifft waren, um sie zu konstituieren und sie auf den Weg zu bringen. Deshalb kann ich auch zur Stunde noch nicht sagen, wann wir unsern Marsch fortsetzen werden, weil ich erst die Abteilungen, welche die Nachhut bilden sollen, abwarten muß.

Man darf es sich nicht verhehlen: wir begegnen heftigem Widerstand seitens der Stämme. Sie haben schon gesehen, wie wir uns ab Salé an den Feindseligkeiten der Stämme gestoßen haben. Aber ich sehe für später ernsthafte Hindernisse voraus.

In dieser Hinsicht hat übrigens unsere Aktion bereits ihre Früchte getragen, denn es ist ihr gelungen, die Stämme der Umgebung von Fez, welche sich vorwärts bewegten, um uns den Weg zu versperren, erheblich zu verringern. Sie haben beobachtet, daß ich in Salé Streikräfte zurücklassen mußte und es wird weiterhin ebenso sein, denn es ist unerlässlich, daß die künftigen Proviant-Jüge Aufenthaltsetappen finden und dazu

brauche ich Leute. Deshalb warte ich, und muß warten, denn es handelt sich, wie ich schon sagte, um eine sehr ernsthafte Operation, in die man sich nicht leichtsinnigerweise Hals über Kopf stürzen darf. Dennoch werde ich nicht neue Verstärkungen verlangen. Die bereits ausgeschifften und die noch zu erwartenden Truppen belaufen sich im ganzen auf etwa 20 000 Mann; selbstverständlich sind damit die bereits in der Schauja existierenden Truppen inbegriffen.

Das sind die zur Veröffentlichung bestimmten Erklärungen des Generals Moirier.

Frankreich und Spanien in Marokko.

Den für die Weiterentwicklung des marokkanischen Problems außerordentlich wichtigen Interessengegensatz zwischen Frankreich und Spanien in Marokko behandelt Legationsrat a. D. Hermann vom Rath in der Sonntagsnummer der Neuen Freien Presse. Es braucht wohl nicht betont zu werden, wie sehr auch Deutschland an diesem Gegensatz interessiert ist, wie gering das Interesse Deutschlands diesen Gegensatz einschließen zu lassen. Die Haltung der Madrider Regierung ist einer der Angelpunkte der Entwicklung der marokkanischen Frage und wir glauben, daß unsere Diplomatie allen Anlaß hat, diese Haltung möglichst wenig in Einklang mit der französischen Regierung kommen zu lassen. Wegen dieser großen Bedeutung der spanischen Marokkopolitik auch für Deutschland geben wir die sachkundigen Ausführungen des Herrn vom Rath über Spanien und Marokko hier wieder. Er schreibt:

Soweit sich das übersehen läßt, befindet sich das Berliner Kabinett in der Beurteilung des französischen Vorgehens in Marokko und der Forderungen, die aus diesem Anlasse gegeben worden sind, in völliger Uebereinstimmung mit allen anderen Mächten. Wie verläuter, ist dies auch in mehrfachen diplomatischen Konversationen zum Ausdruck gekommen und namentlich auch vom Verbündeten Frankreichs, Rußland, mit Genugtuung anerkannt worden. Frankreich, im Besitze des Vertrauens von Gegner und Freund, trägt demnach heute allein und ausschließlich die Verantwortung für alles, was sich in Marokko entwickeln mag.

Eine Sonderstellung nimmt Spanien ein. Während das Interesse der übrigen Mächte nur ein gemeinsames, ich möchte sagen, unpersonliches ist, dessen Grenzen sich mit dem Rahmen der Algerierakte decken, ist Spanien durch das militärische Vorgehen Frankreichs in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen worden. Denn Spanien ist die einzige europäische Macht, die im Scherzreiche territorialen Besitz ihr eigen nennen darf; die Präsidios, insbesondere Ceuta, gehören der spanischen Krone. Dieser Umstand erklärt die Beforgnis, ja die tiefe Erregung, mit der das spanische Volk die Vorgänge in Marokko verfolgt. Denn die durch die französische Befreiungsaktion hervorgerufenen Begleiterscheinungen, der gesteigerte Ausruhe der Verberistämme und die Gefährdung der Europäer im ganzen Lande tragen ihre Wunden bis an die Mauern der spanischen Besitzungen. Das berechtigte Verlangen, sich dagegen zu schützen, im Verein mit dem Wunsch, Spaniens Einfluß und Prestige, die unerlässliche Voraussetzung der Herrschaft in einem unzüvillierten Lande, zu wahren, treibt die Regierung zu militärischen Maßnahmen. Das ist wohl verständlich.

Herr Canalejas hat sich lange Zeit getraut, diesem Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Er wollte offenbar den Anschein vermeiden, als ob er, der Einzige, Frankreich mißtraue und zur Selbsthilfe schreite. Aber die Rücksicht auf Spaniens Sonderstellung in Marokko scheint gebieterisch schließlich alle Bedenken beseitigt zu haben. Vorsichtig tastend und zunächst im bescheidensten Umfange hat er in den letzten Tagen die militärische Aktion eingeleitet. Niemand aber kann und wird sich wundern, wenn sie unter dem Zwang der Ereignisse bald bedeutend größere Dimensionen annehmen wird. Vor allem anderen müßte die Pariser Regierung diese Vorsichtsmaßregeln nur natürlich finden. Ist doch ihr Vorgehen die Ursache, kann sie doch nicht selber in der legitimen spanischen Einfluß- und Interessensphäre intervenieren.

Der spanische Minister des Auswärtigen hat nun ausdrücklich in der Kammer erklärt, seine Regierung werde in Marokko eine Haltung bewahren, die mit den Bestimmungen der Algerierakte in Einklang stehe, sie werde keinem Druck irgend welcher Art nachgeben. Für diese Versicherung kann selbstverständlich Herr Prieto die gleiche Glaubwürdigkeit beanspruchen wie Herr Cruppi für die seinige.

Der Minister hat dann weiter die spanischen Vorfahrungen, die zunächst nur in der Verwendung von Militär zu Polizeidiensten bestanden, vollkommen plausibel durch das Bedürfnis, Spaniens Eigentum und Prestige sowie die Sicherheit von Handel und Verkehr in der Nachbarschaft der Präsidios zu schützen, erklärt. An diesen absolut einwandfreien Maßnahmen und Deutungen hätte doch auch die französische Presse eigentlich nichts anzusetzen. So sollte man wenigstens annehmen.

Dem ist aber auffallenderweise nicht so. Der Loyalität des starken Deutschland vermag die Pariser Presse die Würdigung nicht, das selbständig vorgehende schwächere Spanien behandelt sie wie ein undankbares und unartiges Kind. Nur der Rücksicht und Sympathie Frankreichs verdanke es überhaupt, wenn es während der letzten zehn Jahre sein Einflußgebiet in Marokko auch über die Präsidios hinaus erweitert habe und militärische Aktionen größeren Stils unternehmen konnte. In Parenthese: Bestimmt denn Frankreich bereits seit zehn Jahren allein über die Geschichte Marokkos?

Worum und wohin marschiert Spanien? fragt der offizielle „Temps“. Frankreich muß vorgehen, weil es seine Offiziere retten muß, Spaniens Motiv ist dagegen nur eine verhängnisvolle Agitation. Diese Pressetreibereien, die Canalejas offenbar mit Schmunzeln geschehen läßt, sind völlig deplaciert. Die unnothwendige militärische Aktion Spaniens erklärt sich nur durch den hintergedankten territorialen Ausdehnung, das heißt, eine Verletzung der Algerierakte. Für Spanien wird es gefährlich sein, sich solchen Verdachte auszuweisen in einer Zeit, wo alle Mächte auf dem Boden des Abkommens von 1906 bleiben.

Für die spanischen Diplomaten ist die Lektion der französischen Presse unzweifelhaft lehrreich, wenn auch vielleicht nicht in dem Sinne der unversierten Schulmeister. Spaniens Sonderstellung in Marokko findet heute im europäischen Gremium, speziell aber in Deutschland die gleiche Beurteilung wie Frankreichs Loyalität. Man darf daher wohl erwarten, daß der spanische Stolz sich nicht hegen werde vor den Einschüchterungsversuchen einer gewissen Pariser Presse, aus deren Entrüstung

Feuilleton.

Neues von und über Bismarck.

Nachdem zwei von Heinrich v. Boshinger und Forti Kahl anternommene Versuche, ein regelmäßig erscheinendes Jahrbuch als Mittelpunkt aller Forschungen zur Geschichte Bismarcks zu begründen, nach dem Verlaufe mehrerer Jahre sich als erfolglos erwiesen haben, tritt der unermüdete und treffliche Bismarck-Forscher Heinrich v. Boshinger jetzt mit einem „Neuen Bismarck-Jahrbuch“ hervor, das dem gleichen Zwecke gewidmet und dessen Bestand gesichert ist. Der erste Band dieses neuen Bismarck-Jahrbuches, dessen Verlag Carl Bongers in Wien übernommen hat, gelangt in einiger Zeit zur Ausgabe und er ist, wie die uns vorliegenden Ausbündelungen beweisen, allerdings von großem Reichtum und Werte des Inhaltes. Er bringt u. a. aus einem lange verloren geglaubten Altkontrakte eine Reihe von wertvollen Mitteilungen über die Beziehungen Bismarcks zum Eisenbahnbauwesen, die dem reichen Bilde der Lebensstätigkeit des großen Mannes wieder einen neuen Zug hinzufügen. Dazu gesellt sich eine Fülle verschiedenartiger neuer Mitteilungen über Bismarcks Leben, Persönlichkeit und Beziehungen, die das lebhafteste Interesse zu erwecken geeignet sind. Wie verstanden es der Freundlichkeit des Verlegers, daß wir bereits heute einige fesselnde Abschnitte aus diesem neuen Bismarck-Jahrbuch mitteilen können, die auf neuem, von Heinrich v. Boshinger gesammeltem Materiale beruhen und teils der politischen Tätigkeit Bismarcks, teils seiner menschlichen Persönlichkeit gelten.

Erinnerungen an den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Am 21. August 1879 war Fürst Bismarck mit seinem jüngsten Sohne Wilhelm in Gastein eingetroffen. Auf den gewöhnlichen

Spaziergängen ließ er sich diesmal nur wenig sehen und Eingeweihte meinten, er sei schlecht ausgelegt. Man habe eine Sache an ihn herangebracht, welche der Hausminister hätte erledigen können, und dann mache ihm die auswärtige Politik ernste Sorgen. Eine Bestätigung erhielt man in dem am 27. August erfolgten, ganz unerwarteten, auf eine Einladung Bismarcks zurückzuführender Besuch des österreichisch-ungarischen Ministers der Äußeren Grafen Andrássy, den die Kuräfte übrigens kaum zu sehen belassen, da er während seines zwoztägigen Aufenthaltes in Gastein die meiste Zeit in der Gesellschaft Bismarcks verbrachte. Es mußte etwas Ungewöhnliches zwischen den beiden Staatsmännern verhandelt werden, wenigstens war das kaiserliche Telegramm in Gastein an den beiden Tagen durch die Regierungskorrespondenz so sehr in Aufbruch genommen, daß es keine Privatdepeschen beforderte. Der Gegenstand, der die beiden Staatsmänner so intensiv beschäftigte, war die seit kurzem erfolgte, oblige Veränderung der Politik Rußlands gegenüber Deutschland.

„An Stelle der alten Freundschaft“ — so etwa argumentiert Bismarck nach den uns vorliegenden Quellen seinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber — „ist Eifersucht und Mißtrauen getreten. Gortschakow hat den Anfang gemacht, Kaiser Alexander II. dem Kriegsmminister Miljutin folgend, setzt das Werk fort. Die Dislokation der russischen Truppen an unserer Grenze hat geradezu einen bedrohenden Charakter angenommen. Von der Ostsee bis Warschau stehen auf einem wenig ausgedehnten Raume fünf vollständige Kavalleriedivisionen auf Kriegsfuß mit ausgebildeter Feldartillerie. Wir haben Vorstellungen gemacht und Aufforderungen versandt, man hat abgelehnt, daß Vorbereitungen getroffen würden, sie aber dessen ungeachtet weiterbetrieben. Es werden Maßnahmen vorgenommen, wie am Vorabend eines Krieges, und man könnte sagen, daß alles im Hinblick auf ein rasches Einrücken in unsere östliche Provinzen angelegt ist. In Verbindung mit diesen formidablen Vorbereitungen ist von seiten der russischen Presse ein heftiger Feldzug gegen Deutschland eröffnet worden. Wir haben darüber Klage geführt. Gortschakow be-

zeichnete sie als imaginäre Beschwerden. Rußland hat sich nach allen Seiten um Bundesgenossen gegen uns umgesehen, es hat in Frankreich wegen einer Allianz angedauert, auch in Italien sondiert mit dem Ergebnis, daß dort kein Bataillon zu bekommen sei. Auf den Kaiser Alexander, der jetzt einem geistigen Götterdämmerungshuligt und ganz unter dem Einflusse der Generale sowie der panslawistischen Agitation steht, ist kein Verlaß mehr. Er hat bereits seit einiger Zeit unsern Vorkämpfer in Petersburg gegenüber eine drohende Sprache geführt und in einem eingehenden Schreiben an den Kaiser Wilhelm gesagt, es könne so nicht fortgehen, daß Deutschland in den orientalischen Kommissionen mit Oesterreich stimme. Es könnte dies die bedauerlichsten Folgen haben. Ich bin der Meinung, daß wir den russischen Hochmut nicht länger ertragen dürfen, und wenn wir zu spät kommen, so optiere ich für Oesterreich.“

Andrássy machte darauf geltend, daß sich Oesterreich-Ungarn in einer fast analogen Lage befinde. Eine ähnliche militärische russische Organisation wie die an der deutschen Grenze bedrohe seit dem Monat Juni die österreichische Grenze. Von Galizien bis zur Polawina sei eine starke Truppenmacht zusammengelassen, bestehend aus 150 Bataillonen Infanterie, 80 Schwadronen Kavallerie und 230 Geschützen, mit Munition versehenen Geschützen: „Wie bei Ihnen, scheint alles vorbereitet, um auf das erste Signal in unser Gebiet einzurücken. Oesterreich wird gegenüber diesen russischen Bedrohungen gleichfalls nicht allein bleiben können, und ich schließe daraus die Folgerung: gegen ein russisch-französisches Bündnis, das nun doch einmal in der Luft liegt, ist der natürlichste Gegensatz ein österreichisch-deutsches.“

Bismarck: „Stehen die beiden großen Nachbarmächte, die eine Zirkelmacht von 2 Millionen Kanadiern in das Feld stellen können, zusammen, so haben sie niemand zu fürchten. Auch handelt es sich nicht darum, aggressiv gegen Rußland vorzugehen.“

Andrássy: „Es handelt sich schließlich um ein defensives Bündnis gegen einen russischen Angriff auf einen von beiden Teilen und ich möchte um keinen Preis einwilligen, daß im Falle eines

wohl nur das schlechte eigene Gewissen in Marokkodingen spricht, sondern daß er das tun werde, was das berechnete Interesse Spaniens erheischt.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 15. Mai 1911.

Ein deutsch-katholischer Geistlicher als Kläger gegen die polnische Presse.

sb. Eine ganze Reihe von Presseprouven, welche in der letzten Zeit in Westpreußen und Posen stattgefunden haben, hat ein grelles Streiflicht auf die schwierige Lage geworfen, in der sich deutsch-katholische Geistliche in der Ostmark befinden. Verhältnisse ähnlicher Art wurden in einer Sitzung des Diözesanerschöffenrichters erörtert, vor dem sich der verantwortliche zeichnende Redakteur der polnischen Zeitung „Wielkoziom“ Ignaz Wiczorek aus Pelsin zu verantworten hatte. Wiczorek ist lediglich die formell verantwortlich zeichnende Person, die Verfasser der inkriminierten Artikel haben es vorgezogen, den Schutz des Redaktionsgeheimnisses in Anspruch zu nehmen. Wiczorek wird nun beschuldigt, in zwei Artikeln den Pfarrer Schwanitz in Zempelburg öffentlich durch die Presse beleidigt zu haben. In den Artikeln wurde dem Pfarrer vorgeworfen, daß er sein Amt und das Gotteshaus zum Germanisieren mißbrauche und in seiner amtlichen Tätigkeit nicht seelsorgerische, sondern nationale Zwecke verfolge. Er habe insbesondere die Abwendung einer Petition an die bischöfliche Behörde in Pelsin durch Einwirkung auf seine Parochialen verhindert, er habe bei der Feierlichkeit der Kinderannahme zu der ersten heiligen Kommunion für die polnischen Kinder nicht ein polnisches Wort gesprochen, er habe auch während eines einmonatlichen Unterrichts in der Sakristei nicht ein polnisches Wort mit den polnischen Kindern gesprochen. Er habe den Roten Adlerorden vierter Klasse erhalten, denn er habe sich um das Deutschtum verdient gemacht; aber aus dem Grunde dieser Germanisierung habe er das Vertrauen vieler Parochianen verloren. Die Folgen seiner deutschen Bestrebungen seien jetzt Ueberfüllung der Gasthöfe während der Andacht, Unmoralität und Ausschweifung. Zwar würde der Herr Pfarrer Schwanitz schon nicht mehr lange germanisieren, denn er trage schon das achte Kreuzchen auf den Schultern, daher werde wohl der unbarmherzige Tod auch ihm nicht mehr lange in die Augen blicken, und es komme an ihn die Reihe, Rechnung zu legen vor Gott von der Verwaltung unserer Parochie, eine Rechnung nicht leicht, denn vielleicht manche Seele eines germanisierten Pfarrkindes brenne in der Hölle. In der Verhandlung gelangte die eibliche Aussage des Pfarrers Schwanitz zur Verlesung. Dieser weist den Vorwurf des Germanisierens mit Entschiedenheit zurück. Er läßt die Seelsorge unparteiisch aus, denn er mache keinen Unterschied, ob er einen Deutschen oder einen Polen vor sich habe. Was den Reichunterricht anlangt, so hätten von den 50 Kindern 46 deutsch gesprochen, von den übrigen vier hätten drei deutsch und polnisch, jedoch besser deutsch gesprochen, das vierte Kind sei ein Idiot gewesen. Warum er den Roten Adlerorden vierter Klasse erhalten habe, sei ihm nicht bekannt. Endlich sei die Behauptung, daß in der Parochie Unmoralität und Ausschweifung eingetreten seien, unwahr. Der Besuch des Gottesdienstes sei überaus reg. Der Angeklagte wußte zu seiner Verteidigung nichts wesentliches vorzubringen. Er meinte nur, die Redaktion müsse im Sinne der Gerechtigkeit, unter denen sich viele polnischen Geistliche befinden, das Blatt leiten. Der Anwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schärfe der Beleidigung von einer Geldstrafe abzusehen und auf vier Wochen Gefängnis zu erkennen. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis und Publikationsverbot für den Beleidigten.

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl

schreibt die „Nationallib. Correspondenz“ u. a.: Das Hauptinteresse gebührt dem Verhalten der Volkspartei und der Sozialdemokratie. In der letzteren hatte die Kandidatur Lindemann einen bestimmten Aufbruch erregt, weil dieser rechtswidrige Akademiker falschfälschend erklärt hatte, er denke nicht daran, als Stuttgarter Oberbürgermeister sich an die Leistungen seiner Partei zu kehren. Das und noch mehr die Bereitwilligkeit Lindemanns zur „Hofgängererei“ hätte wieder einmal einen Hauptstich zwischen Radikalen und Revisionisten, zwischen Nord und Süd gegeben, wenn nicht ein gnädiges Geschick an der Sozialdemokratie diesen Reich noch einmal hätte vor-

übergeben lassen. Die „Berliner“ mögen erleichtert aufatmen, nun die Affäre Lindemann geschlossen werden können.

Nicht ganz so leicht wird die Fortschrittliche Volkspartei diese Schultheißwahl überwinden. Es ist ja auch an dieser Stelle wiederholt über das befremdliche Auftreten des Freisinn in solchen Fällen gellagt worden, wo es sich darum handelte, bei Kompromißverhandlungen das Maß der eigenen Ansprüche den eigenen Kräfteverhältnissen gebührend anzupassen. In Stuttgart nun war nach der mitgeteilten Stimmverteilung bei der letzten Bürgerentscheidungs Wahl die nationalliberale (Deutsche) Partei weitaus die stärkste; sie zählte 6155, d. h. 2400 Stimmen mehr als die Volkspartei. Anstatt nun dem Beispiel der Konservativen und Merkmalen zu folgen, welche trotz der weit schärferen Gegensätze im Interesse der bürgerlichen Einigung ohne weiteres dem nationalliberalen Kandidaten ihre Unterstützung zusagten, blieb die Volkspartei, der von den 1910 abgegebenen Stimmen weniger als ein Drittel gehörten, unangenehm, schloß sich von der bürgerlichen Sammellandidatur aus und präferierte in dem Bürgermeister Red-Göppinger eine eigene, absolut aussichtslose Sonderkandidatur. Diese unmaßliche Haltung hat ihren wohlverdienten Lohn erhalten. Die Volkspartei hat sich in Stuttgart einen Denkzettel geholt, von dem man nur wünschen kann, daß sie ihn sich auch für ihr Gesamtverhalten zur Lehre nimmt. Sie hat es erleben müssen, daß ihr in ihren eigenen Reihen eine Opposition entstand, welche ein derart egoistisches und leichtfertiges Spiel mit den bürgerlichen Gemeininteressen gegenüber der Sozialdemokratie aus nationalem Verantwortlichkeitsgefühl ablehnte und die freisinnigen Wähler aufforderte, von vornherein nicht dem freisinnigen, sondern dem bürgerlichen Einigungslandboten die Stimme zu geben. Diesem Erwachen des nationalen Gewissens in der Fortschrittlichen Volkspartei allein ist der Sieg Lautenschlagers und die sozialdemokratische Niederlage zu verdanken. Die Volkspartei wird gut tun, in Zukunft ganz allgemein diesen verantwortlichen Elementen in ihren eigenen Reihen mehr Rechnung zu tragen, wenn sie sich so schmerzliche Erfahrungen, wie in Stuttgart, künftighin ersparen will.

Gegen die Kandidatur des Dr. Lindemann war in der sozialdemokratischen Presse, so in der „Neuen Zeit“ von Kautsky und in der „Veitj. Volksztg.“ von Rosa Luxemburg, mobil gemacht worden, weil Dr. Lindemann sich freie Hand für Repräsentationspflichten und namentlich für den Verkehr mit dem König ausbedungen hatte. Es war sogar ein Eingreifen des Parteivorstandes gefordert worden. Jetzt schreibt hierzu der „Vorwärts“:

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Parteivorstand der Stuttgarter Parteileitung mitgeteilt hat, daß er gegen die Kandidatur des Genossen Lindemann für den Stuttgarter Oberbürgermeister nichts einzunehmen habe, aber erwarte, daß Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl sein Verhalten nach den Grundätzen der Partei und den Parteitagebeschlüssen einrichte. Eine im gleichen Sinne gehaltene Mitteilung hat der Parteivorstand auch dem Genossen Dr. Lindemann zugehen lassen.

Nachdem Dr. Lindemann so offenkundig ein Parteiverbot ignoriert hat, ist die Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes nicht gerade fest und konsequent zu nennen. Aber es wird ihm wohl vor allem daran gelegen haben, jetzt vor den Wählern einen neuen Parteistandal zu vermeiden.

Deutsches Reich.

— Eine gute Abwehr. Reichstagsabgeordneter Dr. Semler veröffentlicht in einigen ostpreussischen Blättern einen offenen Brief an Herrn v. Frese-Loppreppum, einen der Führer des Bundes der Landwirte im Wahlkreise. In diesem offenen Briefe heißt es u. a.: „In einem „Für Reichstagswahl“ bezeichneten Aufsatz wenden an erster Stelle Sie sich heute in den ostpreussischen Zeitungen an sogenannte „alte“ Nationalliberale wegen der „allgemein zum Durchbruch gelangten Linksschwenkung der Nationalliberalen.“ Gestatten Sie mir, gegen den Inhalt dieser Worte Verwahrung einzulegen. Eine Partei der „alten Nationalliberalen“ gibt es nicht. Die gesamte Reichstagsfraktion, darunter ich, sind alte Nationalliberale. Eine Linksschwenkung der Partei ist nicht „zum Durchbruch gelangt“. Nach wie vor hält die nationalliberale Partei fest an ihrem alten Programm. Sowohl politisch wie wirtschaftlich. Politisch in der positiven Mitarbeit an nationalen und sozialen Aufgaben; wirtschaftlich in der bewährten bisherigen Zollpolitik, darunter für uns an dem Schutz für die Grenze. Ein taktisches Wahlkompromiß mit einer anderen Partei, wie ein solches z. B. seit Jahren von den Konservativen mit Zentrum anderen Ortes geschlossen wird, hat noch niemals eine berechnete Unterlage dafür gegeben, einer

Es war schon halb 8 Uhr vorüber, als der Kaiser endlich kam. Tränen standen ihm in den Augen. Er sah bleich und abgemagert aus und erzählte: „Die Professoren Bergmann und Gerhardt haben das Halsleiden des Kronprinzen für Krebs erklärt und wollen eine sofortige gefährliche Operation an ihm vornehmen; noch ehe der Kronprinz nichts, er ist nur ungehalten darüber, daß ihm die Kerze so viel „in den Hals guden“. Die Kronprinzessin, niedergebogen von Schmerz, widersteht sich der Operation und verlangt die Zuteilung eines englischen Arztes. Auch hat sie mir zugemutet, vom Kaiser einen Befehl zu erwirken, daß die Operation nicht vorgenommen werden darf. Ich weigerte mich natürlich, eine solche Willenslindgebung des Kaisers zu extrahieren, indem ich darauf hinwies, daß hier nur die Kerze mitzusprechen haben und daß ich als Laie keine Meinung äußern kann.“

Zwischen war im kronprinzlichen Palais alles zur Operation vorbereitet worden, die Bergmann am anderen Morgen um 8 Uhr vornehmen wollte. Die Kronprinzessin bestand indessen auf Aufschub, bis ein englischer Arzt gehört sei. Diesem Wunsch mußten die Kerze sich fügen. Die Operation wurde verschoben. Man telegraphierte an Madras in London. Dieser kam. — Der Rest ist bekannt!

Unbekannte Aussprüche Bismarcks.

Einen besonders interessanten Abschnitt des Bismarck-Jahrbuches bildet eine Sammlung noch unbekannter Aussprüche Bismarcks, die den verschiedensten Gebieten der Politik und des Lebens gelten. Wir teilen daraus eine Auswahl mit.

Auswärtiges.

Frankreichs Schwäche bedingt die Ruhe Europas.

In dem Maße, wie der gemeine Mann den Glauben an die unbeschränkte Gewalt des Papen verliert, würde dem Lande die Gefahr eines widerwärtigen Bauernkrieges näher rücken (1861).

Wollen ist seit Jahrhunderten schlecht regiert worden und viel-

solchen Partei eine „Schwenkung“ zum Vorwurf zu machen. Es ist sicher nicht Ihre Absicht, indem Sie von „alten national-liberalen Wählern“ sprechen, unsere nationalliberalen Wähler irre zu führen, aber dies kann die ungewollte Folge Ihres Auftrages sein! Deshalb meine Verwahrung!“

Wahlvorbereitungen.

Hg. Wamhoff ist von seiner Reichstagskandidatur im sächsischen Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz als Gegenkandidat des Fortschrittlichen Abgeordneten Dove zurückgetreten, um voraussichtlich in einem anderen Wahlkreise zu kandidieren. In Osnabrück hat man, so bemerkt dazu die „Osn. Ztg.“, von fortschrittlicher Seite jene Kandidatur immer in besonderer Weise geltend gemacht, um Hindernisse für die liberale Einigung hervorzuheben. Nunmehr zeigt auch der Vorgang in dem Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz, daß die Ausführung der Vereinbarungen im liberalen Lager von nationalliberaler Seite forciert durchgeführt wird.

Konservative und Nationalliberale.

Wie der Dresdner Konservativverein den Mättern mitteilt, wird im Reichstagswahlkreise Dresden-Altfeld eine eigene konservative Kandidatur aufgestellt. Dazu bemerken die konservativen „Dresdener Nachrichten“:

„Da keinerlei Äußerungen von Seiten der nationalliberalen Parteileitung vorliegen, daß der bisherige Abgeordnete des Wahlkreises, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Heinze, nicht wieder aufgestellt oder selbst von der Annahme eines Mandats absehen würde, so ist mit der Möglichkeit, daß sich außer dem sozialdemokratischen Kandidaten zwei Bewerber der Ordnungsparteien gegenüberstellen, zu rechnen. Ob von anderen bürgerlichen Parteien noch Kandidaturen aufgestellt werden, muß abgewartet werden. Da bis zum Beginn des Wahlkampfes noch ein langer Zeitraum liegt, so ist die Hoffnung berechtigt, daß schließlich doch noch auch für den ersten Wahlgang eine Einigung aller Ordnungsparteien auf einen Kandidaten eintritt, denn nur so ist es möglich, daß alle die bedauerlichen Störungen eines geschlossenen nationalen Zusammenstehens bei der Entscheidung vermieden werden kann. Mögen die Parteiführungen von einem guten Stern geleitet sein.“

Inzwischen hat die Deutsche Reformpartei auf eine Kandidatur der Rechten Anspruch erhoben. Vom Nationalliberalen Deutschen Reichsverein zu Dresden wird dazu folgendes erklärt:

„Die Wiederaufstellung des Landgerichtsdirektors Dr. Heinze, unseres bewährten und im Reichstage hoch angesehenen Vertreters, ist bereits im Herbst 1910 von uns beschlossen worden. Herr Landgerichtsdirektor Dr. Heinze hat die Kandidatur angenommen, und mit der Bildung des Wahlausschusses für seine Wiederwahl ist bereits begonnen. Daß die Parteien der Rechten, seien es die Konservativen oder die Reformen, Herrn Dr. Heinze einen Gegenkandidaten entgegenstellen würden, haben wir von Anfang an vorausgesehen. Wir werden den Wahlkampf durchaus entschieden, aber, wie immer, in einer Form führen, daß die Anhänger des Gegenkandidaten von der Rechten daraus keinen Anlaß nehmen können, Herrn Dr. Heinze in der Stichwahl ihre Stimmen zu verlagern.“

Die liberalen Parteien werden in Dresden-Altfeld und in Dresden-Neustadt voraussichtlich gemeinsam vorgehen.

Badische Politik.

Die Arbeitslosenversicherung.

Freiburg, 14. Mai.

Die erste Stadt in Baden, welche die Arbeitslosenversicherung eingeführt hat, ist Freiburg. Sie wandte hierbei ein System an, das in einer Verbindung des Center und des Köhner Systems besteht, d. h. es sollen Unterstufungen von der Stadt selbst an die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen, als auch an solche, welche die von der Stadt eigens geschaffene Sparteinrichtung benutzt haben, gezahlt werden. Von Interesse ist es nun, zu erfahren, wie die Verbindung dieser Systeme die erste ihrer Art in Deutschland, sich bewährt hat. Hierüber gibt der kürzlich erschienene Jahresbericht der Arbeitslosenfürsorge in Freiburg erstmalig Auskunft. Vom 1. September 1910 bis 31. Dezember 1910 haben sich 66 arbeitslose Personen eingetragen, die für die Arbeitslosenversicherung in Betracht kommen, darunter sind 39 verheiratete und 27 ledige. Aus der städtischen Arbeitslosenversicherung erhielten 33 Arbeitslose mit 914 Arbeitslosigkeitstagen Zuschüsse im Gesamtbetrage von 649,80 M. Hiervon kommen auf die Berufsvereine 49 Arbeitslose mit 893 Arbeitslosigkeitstagen, die 629,30 M. städtischen Zuschuß erforderten. Von den Sparen haben 4 Arbeitslose Zuschuß bezogen für 21 Arbeitslosigkeitstage im Betrage von 10,50 M. Auf einen Tag

leicht gar nicht befähigt, eine gute Regierung zu tragen, am allerwenigsten eine nationale (1861).

Wenn es Glatstone gelingt, Irland die Autonomie zu geben, so wird er zum Totengräber Englands.

Die Institutionen eines erodierten Bankes muß man möglichst schonen.

Strafrecht.

Verionen, die darauf ausgehen, den Staat zu plündern und in seinen Grundlagen zu untergraben, berauben sich damit des Rechtes, Mitglieder dieses Staates zu sein.

Die bestehende Strafgesetzgebung gewährt der Bevölkerung keinen hinreichenden Schutz gegen die im Zustande der Trunkenheit begangenen Rechtsverletzungen.

Es dürfte sich empfehlen, die öffentlich hervorzuheben Trunksucht als solche mit strafrechtlicher Ahndung zu bedrohen.

Parlamentarismus.

Es ist eine nicht unbedenkliche Gewohnheit im Verkehr mit den parlamentarischen Körperschaften geworden, daß schon in Kommissionsberatungen seitens der Vertreter der Staatsregierungen Standpunkte ausgesprochen werden, die von Staatsministerien aufgestellt und vom König genehmigt sind.

In dem zunehmenden und gewerblichen Charakter, den die Ausübung der Volksvertretung angenommen hat, erhebt sich eine der Gefahren für die Zukunft unserer Verfassung im Reich und im Staat, und ich halte es nicht für eine der Aufgaben der Regierungspolitik, diesen Ring der Parlamentarier zu erweitern.

Einer haarscharflichen turbulenten Minorität gegenüber tut die Regierung besser, sich auf das in die Form der Interpellation gefeldete parlamentarische Geschäft nicht einzulassen.

Arbeitslosigkeit entfällt bei den Berufsvereinen durchschnittlich ein städtischer Zuschuß von 71 Pfg., bei den Sparern von 50 Pfg. Im ganzen nehmen zurzeit an der Spareinrichtung 55 Personen teil. Der Erlös aus den von diesen zu kaufenden Sparmarken beziffert sich auf 215,50 M.

An der Aufklärungs- und Weiterbildung für die Benutzung der Spareinrichtung beteiligten sich: Der Arbeiterbildungsverein, der katholische Gesellenverein, der katholische Arbeiterverein, der evangelische Arbeiterverein, der Verband christlicher Maler, der Verband christlicher Schneider. Gerade die Mitglieder der letzteren — Berufsvereine — haben zahlreich von der Neueinrichtung Gebrauch gemacht.

Das Freiburger, seit kaum einem Jahr bestehende System ist noch zu neu, sodaß man ein endgültiges Urteil vorläufig nicht fällen kann. Jedoch schon jetzt läßt sich sagen, daß die Beteiligung derer, die sich der Spareinrichtung bedienen, keine allzu große werden dürfte. Die Versicherung würde daher, wenn sie auf die Mitwirkung der Gewerkschaften verzichtet wollte, nur auf einen gar zu engen Kreis von Arbeitern beschränkt sein. Dies muß deshalb besonders betont werden, weil in Mannheim bei der kürzlich beschlossenen Arbeitslosenversicherung nur das Sparsystem zur Anwendung gelangen soll, was bewirkt wird, daß sich auch die Gewerkschaften aller Richtungen dieser Einrichtung fernhalten werden. Andererseits zeigt aber die Erfahrung in Freiburg, daß doch tatsächlich schon eine ansehnliche Zahl von Arbeitern sich gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu versichern wünscht, ohne dabei auf die Gewerkschaften angewiesen zu sein. Es sind eben keineswegs, wie die „Str. P.“ schreibt, alle in Betracht kommenden Arbeiter in Gewerkschaften organisiert und zudem zahlen nicht alle Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung. So ist also wohl der Schluß berechtigt, daß für die in Freiburg neben dem Center System geschaffene Spareinrichtung ein Bedürfnis vorliegt.

Reichstagskandidatur.

Die „Frei. Bzg.“ brachte gestern die Nachricht, daß für den Reichstagswahlkreis Mannheim-Weinheim-Schweibingen Herr Prof. Gotthein-Seibenberg als nationalliberaler Kandidat in Aussicht genommen sei. Wie wir hierzu mitteilen können, bestätigt sich die Nachricht.

Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

* Berlin, 13. Mai.

Zweiter Tag.

Heute hielt Land- und Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Guno-Dagen das erste Referat über

Die Fortbildungsschule.

Herrn Wisnand hat durch Uebersetzung der Fortbildungsschule an das Handelsministerium diese in unmittelbare Verbindung mit dem gewerblichen Leben gebracht. In den Vorkursen können Handwerker- und Kaufmannslehrlinge aber nur Anlauf finden an die landliche Fortbildungsschule, die sich viel langsamer entwickelt hat. Während aber im Handwerk der Widerstand der Arbeitgeber überwunden ist, ist das gleiche in bezug auf die ungelerten Arbeiter und Bergarbeiter nicht der Fall. Erreicht ist, daß 50 v. D. aller in Handel und Industrie beschäftigten Jugendlichen die Fortbildungsschule besuchen. Gerade die Industriellen in Rheinland-Westfalen stehen der Fortbildungsschule zurückhaltend gegenüber. Die Klagen der Industriellen, daß sie daran zugrunde gehen müßten, sind unberechtigt, obwohl ich die Bedenken für die industriellen Großbetriebe sehr wohl anerkenne. Demgegenüber steht aber die Erwägung, daß gerade hier der Jugendliche sich selbst überlassen dastehet und der Masse in der kritischen Zeit jedes Gefühl der Mitleid fehlt. Der junge Mann sucht die Freiheit in der Kostlosigkeit jeglicher Autorität und wird von den älteren Arbeitskollegen darin noch bestärkt. Da hat der Staat mit seiner Erziehung zur Selbstständigkeit und zur Einordnung in das Staatsleben durch die Fortbildungsschule einzugreifen. Daher müssen wir dringend die allgemeine Pflichtfortbildungsschule zwischen dem 14. und 17. Lebensjahr verlangen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Beschränkung auf Gemeinden mit 10000 Einwohnern ist für industrielle Verhältnisse unzureichend. Der Unterricht muß sich um die Berufs konzentrieren. Wichtig ist die Lebens- und Bürgerkunde. Mit dem Wort „Staatsbürgerliche Erziehung“ hat man allerdings großen Mißbrauch getrieben. (Lebhafte Beifall.) Die wenigsten wissen, was sie damit meinen und was sie damit erreichen können. Oft versteht man darunter tendenziöse Beeinflussung für bestimmte Parteirichtungen.

Für den Unterricht müssen ganz neue Methoden gefunden werden, und es ist tief bedauerlich, daß diese Vermählung der Lehrer von einem konservativen Führer als verwässerter Moral-

unterricht abgelehnt worden ist. Der Religionsunterricht würde ein fremder Bestandteil bleiben. Die weibliche Fortbildungsschule ist eine Notwendigkeit gegenüber den Einrichtungen der Fabrik und der sonstigen Erwerbsarbeit, unter der das Familiengedächtnis, die Erziehung zur Ehe und die Fähigkeit zur Haushaltung leiden. Deshalb hat die weibliche Fortbildungsschule in erster Linie die hauswirtschaftliche Ausbildung und daneben die gewerbliche und kaufmännische zu vermitteln.

Als zweiter sprach Pastor Walter Classen - Hamburg, der Leiter des Hamburger Volksheim, über:

Jugendpflege.

Er schildert zunächst in höchst anschaulicher und begeisterter Weise die Jugendarbeit, wie sie in den an das Hamburger Volksheim angeschlossenen Vereinen geleistet wird. Im Alter zwischen 14 und 17 Jahren sind Bille und Phantasie stark entwickelt, der Verstand ist schwach und verhält sich rein aufnehmend. Daher ist hier auch keine Selbstverwaltung im Verein möglich. In jugendlichen Vereinen ist vor allem ein Führer nötig, kraft persönlicher Autorität, kein Lehrer und Vorgesetzter, dann kann der Verein eine hohe Schule staatsbürgerlicher Erziehung im allgemeinen sein, z. B. in der Verteilung der Kempter, die ein Mittel ist, um die grenzenlose unsoziale Veranlagung der Großstadtjugend zu überwinden. In dieser Richtung wirkt auch das Ringturnen, das viel besser ist als Sport, ebenso das Wandern. Im Alter über 17 Jahre muß man ganz anders verfahren. Hier muß man dem stark sich geltend machenden Verstand mehr entgegenkommen mit Vorträgen über Staat, Gesellschaft und Religion. Aber der junge Mann muß selbst mitreden und mitsprechen können. Jede Beeinflussung nach bestimmten Richtungen ist zu vermeiden. Die Bestimmung läßt sich nicht zurechnen. Für die Staatsbürgerkunde selbst sorgen die Gewerkschaften und sollten auch die Fortbildungsschulen sorgen. Aber für die Methode kann ein solcher Gehilfenverein Nimmerarbeit leisten. Hier kann etwas geschichtliche Bildung in den Menschen erweckt werden. Am besten knüpft man an das Interesse für das Jahr 1848 an, wo viele Regenden zerstreut werden können, dann geht man auf 1413 zurück als das Geburtsjahr des wehrhaften und mitverantwortlichen Volks und dann bis zum Jahre 1870 und bis zur Gegenwart mit ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen. Derjenige, der Jugendführer sein will, muß selbst an seiner eigenen staatsbürgerlichen Ausbildung arbeiten und viel Anschauungsmaterial zur Naturgeschichte des Volkes erwerben.

In der Beiratsung warnt Dr. Marx - Hamburg, Generalsekretär des Volksheims, davor, sich zu sehr auf bezahlte Beamte in der Jugendpflege zu verlassen. In den angelsächsischen Ländern werde vielmehr durch Persönlichkeiten gewirkt. Diesen Grundgedanken haben wir auch bei unserer Arbeit in Hamburg durchgeführt. Wir haben jetzt mitunter Mangel an Helfern, weil unser Nachwuchs zu dreifach geworden ist. Die Erziehungsarbeiten lassen sich aber ihrer ganzen Natur nach nicht durch summarische Verwaltungsarbeit erledigen. Es kommt darauf an, daß die besser Gekleideten ihrem Volke mit ihrer eigenen Person dienen. Obermedizinalrat Professor v. Graber - München wendet sich dagegen, daß man in der Volkswirtschaft naturgesetzliche Entwicklung annimmt. Die Volkswirtschaft ist durch den Willen beeinflussbar, das Leben steht höher als das Wirtschaften. Sehr wichtig ist auch eine gute rassenhygienische Erkenntnis und deshalb ist auch bei der Frau der Hauptwert nicht auf den Beruf, sondern auf die Ausbildung zur Mutterschaft zu legen.

Hierauf hielt Staatsminister v. Berlepsch das Schlusswort: Die Gesellschaft für soziale Reform kann keine Stellung zur Frage des Religions nehmen, weil ihre Mitglieder verschiedenen Richtungen angehören und sie die Gegenseite ausschließen müsse. Wir wollten die öffentliche Meinung über die Jugendfürsorge ausfällen und zeigen, daß die Jugendpflege die Tilgung einer Schuld bedeutet und daß die beklagenswerten Zustände unserer Jugend eine Schuld der vergangenen und gegenwärtigen Generation sind. Es ist die weitere Aufgabe der Gesellschaft, die Forderung zu rufen und das soziale Empfinden in alle Kreise zu tragen.

Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

3. Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz.

* Breslau, 14. Mai.

Mit einem Begrüßungsabend im Hotel „Der Jahreszeiten“ begannen hier die Verhandlungen der dritten ordentlichen Generalversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz, zu der Delegierte aus allen Teilen Deutschlands eingetroffen waren. Die materiellen Verhandlungen begannen mit einer Delegiertenversammlung im Festsaal des Rathauses, in der Justizrat Dr. Rosenthal - Breslau den Vorsitz führte. Aus dem von ihm erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die Ortsgruppen auf allen Gebieten rege Arbeit geleistet haben. Im Herbst soll eine internationale Versammlung für Mutterschutz in Dresden stattfinden. Der Kassenericht ergab an Einnahmen 5800 M. und an Ausgaben 4500 M. Um die Ideen des Bundes in der weitesten Öffentlichkeit zu propagieren, waren im Anschluß an die Delegiertenversammlung öffentliche Vorträge vorzugehen, von denen der erste „Mutterschutz durch Erziehung und

Aufstellung der Thomabüste. Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Anlässlich des 70. Geburtstages des Galeriedirektors und Malers Dr. Hans Thoma, der vor 14 Jahren von der hiesigen Künstler- und Bürgerschaft festlich begangen wurde, hat dessen Schwiegersohn, Zahnarzt Friedrich Blane, die Büste des berühmten Künstlers in das Thomamuseum gestiftet. Die Büste ist von dem bekannten Adolf von Hildebrand in München modelliert, in Marmor ausgeführt und in diesen Tagen im Thomamuseum an Stelle des bisherigen Gipsmodells aufgestellt worden. Das künstlerisch vollendete Werk bedeutet eine wertvolle Bereicherung der hiesigen Kunstballe. — Prof. Dr. Hans Thoma hat in voller Jugendfrische und Mäßigkeit seinen ein neues großes Gemälde vollendet, welches das Thema: „Der Schwarzwald und seine Älter“ behandelt. Das Werk trägt den Titel „Frühlingsgrün im Hellentalchen“.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Chr. Bäumler in Freiburg, eine Autorität auf dem Gebiete der inneren Medizin, vollendete gestern sein 75. Lebensjahr. Dem Gelehrten wurden von Ärzteschaften und Privatn zahlreiche Glückwünsche übermittelt.

Von der Freiburger Universität. In der letzten geschmückten städtischen Festhalle fand Sonntag mittags in der üblichen feierlichen Weise die Professoratsübergabe statt. Der bisherige Professor Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Böhm übergab sein Amt mit einer Ansprache, in welcher die erfreuliche Entwicklung der Universität Freiburg, die jetzt mit nahezu 3000 Studenten zu den größten Deutschlands gehöre, rühmend hervorhob. Daran ergriß sein Nachfolger, Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Haber ein das Wort, um in längerem geschicktem Vortrag eine Weisung über die Entwidlung der städtischen Staatsgewalt anzustellen. Stimmungsvolle Musikstücke umrahmten den Akt, der wohl zum letzten Male in der Festhalle abgehalten wurde, da voranzüglich im kommenden Spätsommer das neue Hoftheatergebäude bezogen werden wird.

Der letzte Festspielabend in Wiesbaden brachte den oft genannten „Oberon“, der in der Wiesbadener Neueinrichtung höchsten den Ruf der Wiesbadener Festspiele seinerzeit begründet hat und der, trotzdem er bald 200 Mal gegeben wurde, noch nicht von seiner Juchkraft auf das Fremdenpublikum eingedullt hat. Auch diesmal übten die wunderbar prächtigen Dekorationen und Kostüme eine starke Anziehungskraft und das ausverkaufte Haus

Aufklärung“ in der Festung-Loge abgehalten wurde. Der erste Referent, Dr. Martin Cohen, führte aus, daß zu den Aufgaben des Mutterschutzes neben der Fürsorge für uneheliche oder ehverlassene Mütter auch die Bewahrung vor dem Zustandekommen der unehelichen Mutterschaft durch Erziehung und Belehrung gehöre. Die Bedingungen für das Zustandekommen der unehelichen Mutterschaft beruhen auf sozialen Verhältnissen und sittlichen Anschauungen. Der Einfluß der sozialen Verhältnisse ist abzuschwächen, in den bisherigen sexuellen Anschauungen und Lebensgewohnheiten ist durch Erziehung Wandel zu schaffen. Dieser Wandel läßt sich dadurch erzielen, daß unter Belehrung, wie schweren Gefahren das Lebensschicksal einer unehelichen Mutter und ihres Kindes ausgelegt ist, ein erhöhtes Bewußtsein der sexuellen Verantwortung anezogen wird. Da erfahrungsgemäß verwaiste, von der Familie losgelöste, in die Großstadt abgewanderte Mädchen der unehelichen Mutterschaft in erster Reihe anheimfallen, soll es eine besondere Aufgabe der Ortsgruppen des Bundes sein, gerade diesen Mädchen eine vorzügliche belehrende Fürsorge zuteil werden zu lassen. — Die Korreferentin Frau Marie Wischniewska - Berlin stellte folgende Thesen auf: Staat und Gesellschaft ziehen heute ein Frauengeschlecht heran, das unwissend und willensschwach den Begierden des Mannes zum Opfer fällt. Daraus entsteht ein schweres Hindernis für die Ausübung eines kräftigen Nachwuchs. Darum muß eine neue Erziehung einsetzen, die durch naturwissenschaftliche Aufklärung die Frau mit Ehrfurcht vor ihrer Mutterwürde erfüllt und ihr schon früh die Pflichten zum Bewußtsein bringt, die sie als Trägerin der Menschenseime hat. In der Zeit der Reife ist eine Hygiene der Menstruation eine unerlässliche Notwendigkeit. Die durch innere und äußere Vorgänge schwer gefährdeten Jahre von 14 bis 18 bedürfen einer besonderen Fürsorge. Vor allem muß eine den ganzen Menschen erfassende Berufsbildung die Gewalt des Naturtriebes zügeln. Die so herangebildete Frau wird sich selbst schützen und wird Mutterschaft und Ehe als einen Gipfel des Lebens ansehen, der nur durch eigene Arbeit zu erringen ist. Für Schwangere sind Mutterschulen zu errichten, die eine Hygiene der Schwangerschaft geben. Nur durch planvolle Erziehung kann die Mutterschaft aus der Sphäre des Instinktes in das Gebiet bewußten nationalen Pflichtgefühls gehoben werden. Nur wissende und starke Frauen können die Führung auf dem Gebiete des Sexuallebens übernehmen und den Mann zu sich heraufziehen. — In der lebhaften Debatte wurde die Berechtigung der sexuellen Aufklärung und der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter betont. Auch die Aufgaben der Mütter, sich zu vertrauten ihrer Kinder zu machen, müsse von der jetzigen Generation besser erfüllt werden. — Von einer Beschlusfassung wurde abgesehen und sodann die erste öffentliche Versammlung geschlossen. S. u. H.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 15. Mai 1911.

* Verehrt wurde Professor Karl Loos an der Realschule in Triberg in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Kemnath und Professor Philipp Stein von der letzteren Anstalt in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Triberg.

* Etwa 2000 angestellt wurde der charakteristische Postsekretär Karl Jäger in Freiburg i. B. und Finanzassistent Friedr. Ankendrand in Karlsruhe als Vollabfertigungsbeamter unter Verehrung der Amtsbezeichnung Hauptamtsassistent.

* Die Abholung der Quittungskarten bei den Krankenlosen. Bei den Versicherungen sowohl wie bei den Arbeitgebervereinen besteht noch immer die Ansicht, daß bei einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses die auf der Krankenkasse hinterlegte Quittungskarte stets abgeholt und dem neuen Arbeitgeber zum Zwecke der Anmeldung bei der Allgemeinen Weidstelle übergeben werden müsse. Diese Ansicht ist nur infolgedessen richtig, als die Quittungskarte in den Fällen abgeholt werden soll, in denen der Versicherte entweder von hier weggeht oder aber in ein Arbeitsverhältnis am hiesigen Orte eintritt, das die Zugehörigkeit zu einer anderen Ortskrankenkasse (Ortskrankenkasse der Handelsbetriebe, D.R.K. der Dienstboten etc.) oder einer Betriebskrankenkasse (wie bei der Firma Lang, Bopp u. Reuther etc.) bedingt. In allen übrigen Fällen, in denen der Uebergang von einem zum anderen Arbeitsverhältnis keine Aenderung in der Kassenzugehörigkeit nach sich zieht, kann die Quittungskarte bei der Kasse hinterlegt bleiben. Es ist in diesen Fällen also nicht notwendig, daß der Versicherte seine Karte abholt und den Gang zur Kasse macht, um seine Karte abzuholen. Es genügt vielmehr, wenn der neue Arbeitgeber in der Anmeldung bemerkt, daß die Quittungskarte sich noch auf der Kasse befindet. Die Weidstelle ist verpflichtet, die mit diesem Vermerk versehenen Anmeldungen anzunehmen.

* Mannheimer Journalisten- und Schriftstellerverein. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß heute Montag abend 9 Uhr im Wilhelmshof die übliche zwanglose Zusammenkunft stattfindet. Bei schönem Wetter ist im Garten ein Tisch reserviert.

jubelte nach jedem Akte. Die Vorstellung war tabellos. Der Kaiser mit Admiral Tirpitz in der Hofloge blieb bis zum Schluß und sprach Excellenz u. Hissen und dem Intendanten v. Muenchinger seine wärmste Anerkennung für den gelungenen Verlauf der Festspiele aus.

Ein Regiekollegium in der Wiener Hofoper. Direktor Gregor hat, wie dem B. Z. aus Wien gemeldet wird, nach dem Muster des Burgtheaters auch für die Oper ein „Regiekollegium“ eingestellt, dem außer ihm selbst die Oberregisseure Wymetal und Stoll, die Kapellmeister Schall, Walter und Reichsberger, der Balletmeister und die administrativen Bühnenvorstände angehören werden. Als höchste Instanz funktioniert, viel Gutes schaffend, von einseitigen Auffassungen und übertriebenem Entschlossenem bewahren und eine einseitigere sachmännliche Behandlung der Details ermöglichen kann. Jedenfalls ist bei der Bedeutung, die der Regie in der modernen Oper allseitig zuerkannt wird, eine Erneuerung geeignet, Interesse zu erregen und, wenn sie (was freilich abzuwarten) sich bewährt, der deutschen Bühne fruchtbarere Anregungen zu geben.

Die Aufführung des neuesten d'Annunzio. Aus Paris wird berichtet: Am 20. Mai wird die Generalprobe, am 22. Mai die Aufführung des „Martyrium des hl. Sebastian“ im Chatelet stattfinden, des nun schon so viel erörterten Flugten Werkes von Gabriele d'Annunzio zu dem Claude Debussy die Musik geschrieben hat. Schon vor der Aufführung werden Wunderdinge vom Eindruck der Proben, die „bei verdunkelten Türen“ stattfinden, berichtet, besonders von den Dekorationen und den Kostümen, die Leon Bakst entworfen hat. Es sind im ganzen 400 Mitwirkende, nämlich 70 Schauspieler, 80 Choristen, 150 Statisten und 100 Musiker. Die Rolle des hl. Sebastian wird, wie schon erwähnt wurde, von der russischen Tänzerin Ida Rubinstein gegeben.

Blinde als Schauspieler. Im Anschluß an die vor kurzem in New York durch den Präsidenten Taft eröffnete Ausstellung

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Prof. Dr. Rud. Schneider, ein bekannter Philosoph, ist in Heidelberg gestorben.

Karlsruher Hoftheater. In neuer Einstudierung ging am Samstag Schafers gewaltiges Königsdrama „Richard III.“, das erst kürzlich Ferdinand Bonn in Berlin in sensationell-lütherner Art in den Firtal geschleift und dort zu Tode geritten, in Szene. In dem Trauerspiel, in welchem der Dichter den von der Natur so riesenhaft behandelten Richard durch Ehrgeiz und Herrschsucht von einer Bluttat zur andern stachelte und ihn der höchsten Würde teilhaftig werden zu lassen, wird die Person des Titelhelden eine der schwierigsten Aufgaben der Schauspielkunst bleiben. Auch die Karlsruher Vorstellung konnte letztem Ende das hohe Ziel nicht völlig erreichen, wenn auch hinwieder nicht verkannet werden darf, daß der Vertreter des Richard, Herr Baumbach, sehr gute Momente hatte. Der Regie war es gelungen, durch stimmvolle Bühnenbilder auf den Zuschauer zu wirken.

Anwesenheit des Großherzogs zugleich auch als ein Besuch der Stadt Bruchsal galt, so war auch die Großherzogin mit ihrem Gemahl um 2 Uhr im Automobil eingetroffen. Unter Glockengeläute und Böllerschüssen fuhr das Fürstenpaar durch die geschmückte Stadt zunächst nach dem Rathause, wo die Vorstellung des Stadtrates, der Stadtverordneten und des Bezirksrates stattfand. Dann begab sich der Großherzog nach dem Schloßhofe, wo die Veteranen und die militärischen Vereine des Gauces aufgestellt waren, ebenso das Offizierkorps und das Kommando der Feuerwehren. Nach einer Ansprache des Gauvorstehenden gab der Großherzog seiner Freude Ausdruck, heute so viele alte Veteranen zu sehen und richtete eine warme Ansprache an sie, in der der Landesfürst dazu aufforderte, treu zu halten an dem, was vor 40 Jahren geschaffen wurde. Dann schritt der Großherzog die Front der Veteranen ab und hatte für jeden ein freundliches Wort. Während der Großherzog bei dem Veteranenappell weilte, besuchte die Großherzogin verschiedene Wohlthätigkeitsanstalten. Zwischen 7 und 8 Uhr verließen die hohen Herrschaften Bruchsal.

Aus dem Großherzogtum.

Sandhofen, 14. Mai. Der L. Gartenbauverein rief am letzten Sonntag seine Mitglieder zur 7. Generalversammlung zusammen. Der Vorstand, Herr Gemeindevater Weiland, erstattete einen umfangreichen Jahresbericht. Der Verein zählt 105 Mitglieder. Die Mitglieder zahlen einen Beitrag von 4.80 Mark pro Jahr und erhalten dafür die Zeitschrift „Der Gartenfreund“, Schmitt's Arzneikalender, Hoazinthenwickeln, Zwergobstbäumchen, Samen etc. gratis. In 6 Vereinsabenden wurden die Angelegenheiten des Vereins besprochen. Außerdem fanden Vorträge über Vogel- und Tierzucht statt. Eine besonders edle Aufgabe verfolgte der Verein in der Blumenpflege bei den Schulkindern, indem er an sämtliche Schulkinder der hiesigen Volksschule Blumenstecklinge verabfolgte und im Herbst eine Prämierung der schönsten Blumenstöcke vornahm. — Am letzten Donnerstag hielt Herr Hauptlehrer Martin, Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule hier, einen gutbesuchten Vortrag über Jugendfürsorge im Anschluß an die Fortbildungsschule im Gewerbe dahier. Als Vertreter der Handwerkskammer war Herr Hauptlehrer Haner erschienen. Man beschloß, einen Jugendhort nach dem Vorschlage des Referenten ins Leben zu rufen.

Weinheim, 14. Mai. Eingebrochen wurde gestern nacht in den Restaurationskeller auf der Burg Windeck und ca. 20 Flaschen Bier und Schnaps gestohlen. Als Täter wurden die Tagelöhner Georg May von hier und Johann Korb von Bienenheim verhaftet. Ersterer wurde in die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch verbracht.

Von Tag zu Tag.

Aus dem Zuge geschleudert. Frankfurt a. Main, 15. Mai. Aus dem elektrischen Zug Saalburg-Dornburg wurden 5 Personen von der Plattform eines Waggons geschleudert und teilweise schwer verletzt.

Der Zehnpfeller. Stuttgart, 15. Mai. Als heute nacht eine Polizei-Patrouille einen aus einer Wirtschaft der inneren Stadt entweichenden Zehnpfeller verfolgte, feuerte dieser auf die Beamten sechs Revolvergeschosse ab, ohne zu treffen. Ein Polizeibeamter erwiderte darauf den Schießenden und nahm ihn fest. Er wurde vorerst in das Hospital geschafft.

Ein Engelmacherprozess. ab. Köln, 13. Mai. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich das Ehepaar Cornelius und Johanna Bdr wegen Engelmacherei zu verantworten. Die Angeklagten sind Schausteller und zogen früher mit einem sogenannten Künstlerwagen im Lande umher, bis ihnen dieser Beruf zu schwer wurde, weshalb sie beschloßen, sich auf leichtere Weise Geld zu verdienen. Sie erließen in verschiedenen Blättern Anzeigen, wonach ein gut situiertes Ehepaar Kinder diskreter Geburt gegen eine bestimmte Summe in Pflege oder als eigen annehmen wolle. Es meldeten sich darauf verschiedene Frauen und Mädchen, die die Furcht eines unerlaubten Verhältnisses los sein wollten. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, haben die Angeklagten zwei Kinder in Pflege bekommen, sich um diese aber gar nicht bekümmert, sodaß die Kinder in einen jammervollen Zustand gerieten. Sie mußten in einem ungeheizten Zimmer schlafen, bekamen nur nothdürftige Nahrung. Als die Nachbarn die Polizei benachrichtigten, lagen die Kinder nackt auf schmutziger Wäsche. Sie waren stark abgemagert, litten an Mundfäule und der Körper war infolge mangelhafter Reinigung vollständig wund gerieten. Die Anklage legte den Angeklagten zur Last, daß sie die Absicht hatten, die Kinder verhungern zu lassen. Dies bestritten aber die Angeklagten energisch. Der Ehemann stellte den Antrag, ihn und seine Ehefrau in einer Anstalt auf ihren Geisteszustand hin beobachten zu lassen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten Bdr in Anbetracht seiner Vorstrafen auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und gegen Frau Bdr auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten.

Todessturz aus der Luftkammer. Berlin, 15. Mai. Außer zahlreichen Vorkäufen verzeichnete die gestrige Chronik einen Todessturz aus einer Luftkammer. Eine 15jährige Lehrerin schaukelte in einem Gartenlokal dem Verbot entgegen im Stehen. Plötzlich stürzte sie beim Schwung kopfüber aus der Schaukel. Beim Fallen schlug sie gegen eine am Boden liegende eiserne Schwelle. Sie erlitt einen tödlichen doppelten Schädelbruch.

Mord und Selbstmord. Kiel, 15. Mai. Nach durchzechter Nacht erlief heute der am 1. Mai verabschiedete Marine-Todesstrafe Psp seine 15jährige Witin Frau Weichsler und sich selbst. Beide waren sofort tot.

Siebes-Tragödie. Leipzig, 15. Mai. Auf dem Wege in der Nähe von Roetha wurde der 15jährige Musiklehrer Maximi und seine Geliebte, die 15jährige Malasch, beide aus Leipzig verhaftet aufgefunden. Maximi war bereits tot. Das junge Mädchen befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

w. Petersburg, 14. Mai. Die offiziöse „Rossija“ führt in ihrem Leitartikel über die Marokkofrage aus: „Die russische Regierung empfing mit vollkommenster Sympathie die Mitteilung aller Handlungen des Pariser Kabinetts, welche zur Herstellung der Ordnung in Marokko geeignet sind und zum Schutze der Europäer dienen. Da die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland immer auf einem vollkommenen aufrichtigen und offenen Meinungsaus-

tausch in den Fragen der internationalen Beziehungen basieren, so waren auch in diesem Falle die Erklärungen unseres Bundesgenossen Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen der russischen und der deutschen Regierung. Diese freundschaftliche Aussprache ergab die volle Identität der Meinungen beider Regierungen betreffend die volle Aufrichtigkeit der französischen Absichten in Marokko und das loyale Verhalten Frankreichs gegenüber den eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Dieses volle Uebereinstimmen der Anschauungen betreffend der Unruhen in Marokko und andere internationale Fragen begrüßen wir umso mehr, als eben jetzt russisch-deutsche Verhandlungen in den Fragen des Eisenbahnbaus in Nordpersien vor sich gehen. Diese komplizierten Verhandlungen, die sich noch in dem Stadium technischer Vorarbeiten befinden, werden freilich nicht so bald beendet werden, doch wird die günstige allgemeine Lage augenscheinlich ein glückliches Zustandekommen fördern.

Schwere Gewitter.

* Worms, 15. Mai. (Privat-Tele.) Am Samstag und Sonntag gingen über die Wormser Gegend schwere Gewitter nieder. Am Samstag wurde in Weinsheim ein 67jähriger Landwirt im Weinberge vom Blitz getödtet. — Im benachbarten Korheim ertrank gestern ein Schiffer bei einer Kahnpartie im Altrhein, indem das Boot kenterte.

Großer Brand.

Forsheim, 15. Mai. (Privat-Tele.) Die „Forsheimer Zeitung“ meldet aus Torschnitz: Gestern gegen 12 Uhr mittags, nach dem Hauptgottesdienste brach in einer kleinen Scheune ein Feuer aus, welches sich, durch den starken Wind angefacht, rasch verbreitete, sodaß bis gegen 4 Uhr bereits 55 Wohnhäuser mit Scheunen und Nebengebäuden niedergebrannt waren.

Torschnitz, 15. Mai. (Privat-Tele.) Das gestrige Feuer, das einen Teil der Ortschaft Torschnitz vernichtet, ist nunmehr gelöscht. 300 Personen sind obdachlos; der Schaden wird auf 250 000 Mark geschätzt. Nur ein Teil ist versichert.

Diskontermäßigung der Niederländischen Bank.

* Amsterdam, 15. Mai. Die Niederländische Bank hat den Diskont von 3 1/2 auf 3 Prozent herabgesetzt.

Berliner Drahtbericht.

(Von unseren Berliner Korrespondenten.)

Berlin, 15. Mai. Die „Vossische Zeitung“, die bisher im Verlage der Vossischen Erben erschien, ist gestern an die Frankfurter Bankfirma Lazard-Speyer und Wäissen veräußert worden. Bald nach dem Ableben des Geh. Justizrates Vesting, der 60 Jahre lang Haupteigentümer blieb, wurden die Verkaufsverhandlungen eingeleitet, die vorgestern zum definitiven Abschluß geführt haben.

Berlin, 15. Mai. Aus Sofia wird gemeldet: Der berüchtigte Wandenschel Tschernopon, der im letzten Jahre zusammen mit Sendenski in Ostmazedonien die Revolution leitete, hat die revolutionäre Streittruppe begraben. Er wurde auf sein Ansuchen zum Bezirkspräsidenten in Stara Sagora ernannt. Die bulgarische Regierung hat durch diese Ernennung dem türkischen Kabinett einen großen Dienst erwiesen.

Berlin, 15. Mai. Aus Petersburg wird gemeldet: Die Lage in Kanton ist äußerst kritisch. Mit ihren eigenen Verteidigungsmitteln kann die Stadt sich nicht halten, sondern wird, wenn ihr keine sonstige Hilfe kommt, in die Hände der Revolutionäre fallen. Diese wollen die Provinz Kwantung, deren Hauptstadt Kanton ist, zur Republik erklären.

Unterdrückung von Wohlthätigkeitsgeldern.

Berlin, 15. Mai. Aus Petersburg wird gemeldet: Das Moskauer Gericht verurtheilte den Fürsten Wolkonsky wegen Unterdrückung von Wohlthätigkeitsgeldern zu 5 Monaten Festung. Drei Mitschuldige erhielten 8 bezw. 6 Monate Festung und Einreihung in die Arrestanten-Kompagnie.

Brand in einer Schwefelmine.

Berlin, 15. Mai. Aus Rom wird gemeldet: In den Schwefelminen von Conicatti ist ein Brand ausgebrochen. Gegen 100 Arbeiter befanden sich gerade in der Mine. Der größte Teil von ihnen konnte noch rechtzeitig die Oberfläche erreichen. Gegen 20 wurden von den sich entwickelnden Gasdämpfen beübt. Mehrere von ihnen konnten durch eine Hilfs-Ereidition gerettet werden, bei 5 Personen war es zu spät, sie konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Religion und Politik.

Berlin, 15. Mai. Aus Prag wird gemeldet: Der Prager Erzbischof Baron Skrbensky hat einen für die gegenwärtige Wahlbewegung bedeutsamen Erlass an die Priester seiner Erzdiözese gerichtet. Er erteilte den strikten Befehl, die Kanakeln nicht zur Agitation zu missbrauchen.

Der Besuch des Kronprinzenpaares in St. Petersburg.

Berlin, 15. Mai. Aus Petersburg wird gemeldet: Dem Kronprinzenpaare ist bereits heute ein Sonderzug mit den ihnen attachierten Personen bis zur Grenze entgegengeführt. Den Kronprinzen wird General Maximowitsch, die Kronprinzessin der Jermolenmeister Fürst Urusoff an der Reichsgrenze begrüßen. Der deutsche Militärvollmachtigte General v. Lauenstein ist ebenfalls zur Begrüßung nach Wirballen abgereist.

Das deutsche Kaiserpaar in England.

* London, 15. Mai. Der Kaiser soll mehrfach Gelegenheit genommen haben, zu erklären, daß sein diesmaliger Besuch in England ein reiner Privatbesuch sein werde. Es heißt deshalb, er werde auch während der ganzen Festlichkeiten in Zivil erscheinen. Das schließt natürlich nicht aus, schreibt das Blatt Reynolds Papers dazu, daß er mehrere Besprechungen mit bedeutenden Männern haben wird, deren Namen wahrscheinlich nicht in der Presse veröffentlicht werden. Das Blatt fügt etwas geheimnißvoll hinzu, die Unterredungen könnten deswegen doch wichtiger sein, als alle anderen; der Kaiser in dieser Woche haben werde.

w. London, 15. Mai. „Daily News“ schreibt: Die Besuche des Kaisers in England sind weit zahlreicher als die eines anderen gekrönten Hauptes. Der Eindruck, welcher einer direkten Berührung mit seiner mannhaften, tatkräftigen und geselligen Persönlichkeit entspringt, ist besonders geeignet, um die Wertschätzung der englischen Nation zu gewinnen. Wir sehen

in ihm einen Souverän, der Souveränität ausübt wie nur ein sehr seltener Mann die sehr schwierigen geschäftlichen Aufgaben erfüllt, mit unbegreifbarem Talent, nie nachlassendem Eifer und hervorleuchtender Gewissenhaftigkeit, der, wenn er ohne die Krone in der allgemeinen Wageschale der Menschheit gemogen würde, an sich als einer der größten Männer unserer Zeit angesehen werden müßte. Wenn der Besuch auch privaten Charakter trägt, so wäre es doch unrichtig, solche freundschaftlichen Vorgänge jede internationale Bedeutung abzuspochen. Wir hoffen, diese Woche möge einen tatsächlichen, wenn auch nicht einen sensationellen Schritt für die Herstellung eines besseren Verständnisses zwischen Deutschland und England bedeuten, das nicht nur beiden Ländern, sondern der ganzen Welt ausgesprochene Vorteile bringen müßte. „Daily Graphic“ schreibt: Der Willkomm, der dem Kaiser heute von dem Volle Englands geboten wird, wird von keiner geringeren Herzlichkeit sein, als bei seinem früheren Besuche. Der Kaiser kommt zu uns, wie er vor zehn Jahren kam, um mit uns an der Huldigung für seine erhabene Großmutter teilzunehmen. Es handelt sich um eine Huldigung, die weit entfernt ist, ein bloßes Familienereignis zu sein, eine Angelegenheit der Nation und des Reichs ist. Sie bildet ein Band von namhafter Stärke, selbst von einer gewissen politischen Bedeutung zwischen dem Kaiser und dem britischen Volke. Sie mag ihn nicht dazu führen, alle Dinge so anzusehen wie wir, aber sie wird die Sympathie und das wechselseitige Verständnis fördern, was für schwierige Zeiten einen großen praktischen Wert haben muß. So oft der Kaiser zu uns kommt, kommt er als alter Freund von erprobter Zuneigung und unwandelbarer Liebenswürdigkeit.

„Daily Telegraph“ schreibt: Wir freuen uns stets, Kaiser Wilhelm an unseren Ostaden willkommen heißen zu dürfen, und sind stolz, daß er als Freund zu Freunden kommt. Die Zeit ist längst vorüber, als wir Kaiser Wilhelm als einen möglichen Störer des Friedens von Europa und als möglichen Feind Englands betrachteten. Er zeigt uns durch viele Handlungen, daß er kein Uebelwollen gegen uns empfindet, im Gegenteil, aufrichtige Verehrung für die Eigenschaften und Tugenden, welche den Charakter des Engländers bilden. Eine der erfreulichsten Tatsachen bei der gegenwärtigen europäischen Lage ist, daß der deutsche Kaiser und der König von England durch Bande fester und inniger Freundschaft verbunden sind, und, wie man uns versichert, in ständigem schriftlichen Meinungsaustausch über Fragen des wechselseitigen Interesses stehen.

London, 15. Mai. Der Sonderzug mit dem deutschen Kaiserpaar und der Prinzessin Viktoria Luise fuhr heute Vormittag 11 Uhr von Port Victoria ab und traf um 12.45 Uhr auf der Viktoria Station ein.

London, 15. Mai. Die Majestäten wurden im prächtig geschmückten Bahnhof vom König und der Königin und allen Mitgliedern der königlichen Familie begrüßt. Der deutsche Botschafter mit den Herren der Botschaft und einige wenige hervorherrorragende Mitglieder der deutschen Kolonie waren ebenfalls auf dem Bahnhof. Nach Austausch herzlichster Begrüßungen führen die Majestäten von der Zuschauermenge mit lauten Zurufen begrüßt, durch die dicht besetzten Straßen nach dem Buckingham-Palast, wo sie Wohnung nahmen. Das Wetter ist trübe, aber kein Regen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Mai.

Der Reichstag verhandelte heute über die

Reichsversicherungsbildung

weiter. Zur Beratung steht noch das zweite Buch über die Krankenversicherung. Beim Abschnitte, der von der Aufsicht über diese Kassen handelt, beantragt die Sozialdemokratie das Verwaltungsverfahren oder wo ein solches nicht vorhanden ist, den Rückzug im Sinne der Gewerbeordnung. Nach der Vorlage entscheidet auf den Vorschlag gegen das Verwaltungsverfahren das Reichsversicherungsamt. Gegenüber der Begründung, welche der Sozialdemokrat gegen dem Antrage seiner Partei gibt, weist Ministerialdirektor Caspari darauf hin, daß die weitere Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zulässig sei, was aus den §§ 1701 und 1745 hervorgehe.

Der Antrag der Sozialdemokratie wurde demgemäß abgelehnt, ebenso alle übrigen zu diesem Abschnitte: Aufsicht gestellten Anträge der Sozialdemokratie, für die ohne Widerspruch der Sozialdemokratie der Rückzug verbunden wurde.

Als Höchstgrenze des Beitrages an die Krankenkassen werden 4 1/2 Prozent des Grundlohnes in der Vorlage vorgesehen, sofern die Deckung der Regelleistungen nicht einen höhern Beitrag erfordert. Die Erhöhung soll nur mit Zustimmung der Arbeitgeber zulässig sein.

Vom Abg. Schmidt-Berlin wird der Antrag der Sozialdemokratie begründet und gefordert, die Grenze auf 6 Prozent zu erhöhen. Der Abgeordnete bemerkt, daß die Arbeiter ein dringendes Interesse an der Erhöhung der Leistungen hätten. In der Abstimmung fiel der sozialdemokratische Antrag.

Nach den weiteren Bestimmungen hat der Gemeindeverband die Beiträge zu den Krankenkassen aus eigenen Mitteln zu leisten, falls 6 Prozent des Grundlohnes die Regelleistungen nicht decken und die Arbeitnehmer einer weiteren Erhöhung nicht zustimmen, eine Vereinigung mit anderen Kassen aber nicht möglich ist. In solchen Falle kann der Gemeindeverband die Verwaltung der Krankenkassen übernehmen.

Nach dem Kompromißantrage der bürgerlichen Parteien soll bei den Landkassen auch der Gemeindeverband diese Befugnis erhalten. Dieser Kompromißantrag findet Annahme, während der Antrag der Sozialdemokratie, die Grenze von 6 auf 7 Prozent zu erhöhen, abgelehnt wurde.

Nach § 447 wird in der Landwirtschaft auf Antrag des Arbeitnehmers von der Versicherungspflicht befreit, wer in diesen bei Erkrankungen Rechtsanspruch auf eine den Kassenleistungen gleichwertige Unterstützung hat, vorausgesetzt, daß der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt, seine Leistungsfähigkeit sicher ist und er den Antrag für seine sämtlichen in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter stellt.

Nach § 447a hat die Kasse für Versicherungsfälle, die bei Ablauf der Befreiung bereits eingetreten sind, aber im Falle des Ausscheidens eines Versicherten wegen Erwerbsunfähigkeit in den ersten 3 Wochen nach diesem Ablauf eintreten, nichts zu leisten. Der Anspruch an den Arbeitgeber bleibt unberührt. Die Sozialdemokratie beantragt Streichung der beiden Paragraphen und beantragt hierüber namentliche Abstimmung.

Da das Haus beschlußunfähig ist, schlug Vizepräsident Schulz, ohne Widerspruch vor, die Abstimmung erst zwischen 5 und 6 Uhr heute nachmittag vorzunehmen zu lassen.

Pariser Produktenbörse.

Table with columns for dates (12, 15) and various commodity prices including wheat, rye, and oil.

Budapester Produktenbörse.

Table with columns for dates (18, 15) and commodity prices for wheat, rye, and other grains.

Liverpooler Börse.

Table with columns for dates (18, 15) and commodity prices for wheat and other goods.

Frankfurter Effektenbörse.

Table with columns for dates (18, 15) and stock market prices for various companies.

Städtisches A. Deutsche.

Table with columns for dates (18, 15) and municipal bond prices.

Alten industrieller Unternehmen.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for various industrial stocks.

Bergwerks.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for mining stocks.

Alten deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for transportation stocks.

Blaubriefe. Prioritäts-Obligationen.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for blue bonds and priority obligations.

Bank- und Versicherungskursen.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for bank and insurance companies.

Frankfurt a. M., 15. Mai. Kreditaktien 202. —, Diskontokommandit 187.87, Darmstädter 126.75, Dresdener Bank 156.75, etc.

Berliner Effektenbörse.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for Berlin stock market.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for various foreign and domestic stocks.

Pariser Börse.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for Paris stock market.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for London stock market.

Wiener Börse.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for Vienna stock market.

Wien, 15. Mai. Nachm. 1.50 Uhr.

Table with columns for dates (18, 15) and prices for Vienna stock market.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Telegraphische Adressen: Margold, Fernsprecher Nr. 56 und 1637 13. Mai 1911. Provisionsfrei!

Table with columns for dates (18, 15) and prices for various insurance and financial services.

Responsible: Dr. Fritz Goldschmidt, Director of the firm.



Advertisement for Stotz & Cie. featuring the text 'Grosses Lager in Beleuchtungskörper für elektrisches Licht' and 'Stotz & Cie. Elektr.-Ges. m. b. H.'.

